Ausgabe **Oktober 1999**

durchblick

Sozialdemokratische Zeitung für Leimen

Für einen starken Gemeinderat

Am 24. Oktober 1999

SPD wählen!

SPD

Unsere **Kandidaten** aus **Leimen-Mitte**

1

Dr. Peter Sandner
Panoramastr. 20 b

58 Jahre, verheiratet, 2 erwachsene Söhne
Dipl.-Physiker, Leiter des Rechenzentrums der Universität Heidelberg.
Seit 1971 in Leimen wohnend, seit 1979 im Vorstand des SPD-Ortsvereins, gegenwärtig stellvertretender Vorsitzender.
Gemeinderat seit 1989, Schwerpunkt: Haushalt und Finanzen.
Wofür ich mich einsetze: Soziale Gerechtigkeit, auch in unserer Kommunalpolitik. Und als Grundlage dafür: Eine solide Finanzpolitik und eine effiziente Verwaltung.

2

Günter Jundt
Marktgasse 5

48 Jahre, verheiratet, 2 Kinder
selbständiger Apotheker in Leimen
Mitglied bei der AWO, beim Roten Kreuz, im Radsportverein und in anderen Vereinen
Kreisrat seit 1989, Mitglied im Ausschuss Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Rhein-Neckar-Kreises
Gemeinderat seit 1980, engagiert in allen Fragen der Kindergärten, Schulen und Sozialeinrichtungen

Vorwort

Liebe Wählerinnen

am 24. Oktober stellen sich in den Kommunen Baden-Württembergs Frauen und Männer zur Wahl für die Gemeinderäte und Kreistage. Damit ist die Chance gegeben, die Zusammensetzung derjenigen Gremien neu zu bestimmen, die einen beträchtlichen Teil unseres täglichen Lebens politisch regeln. Anders als bei Wahlen auf Länder- oder Bundesebene schenkt man hier sein Vertrauen öfters Personen, die man kennt und sie aus dieser Kenntnis heraus für geeignet hält, ein öffentliches Amt zu bekleiden. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Leimen und St. Ilgen hat bei der Suche und Auswahl ihrer Kandidaten und Kandidatinnen einmal mehr bewiesen, daß sie einen großen Kreis von engagierten Menschen aufbieten kann, deren politische Integrität und persönliche Anerkennung außer Zweifel steht. Sie alle verfügen über nicht nur über Sachkenntnis in kommunalen Angelegenheiten, sondern auch über die nötige Portion Leidenschaft, mit der sie sich für die Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger einsetzen wollen.
Besonders bei denjenigen, die für die SPD zur Wiederwahl stehen, hat sich diese Leidenschaft auch in den Jahren erhalten, in denen sie gegen die Bevormundung und Gängelung eines Oberbürgermeisters zu kämpfen hatten, dessen „Politikstil" nicht der unsere ist. Die SPD setzt auf Offenheit in der Sache, Ehrlichkeit im Umgang, und den demokratischen Streit um den richtigen Weg. Wer uns wählt, wählt nicht den vorauseilenden Gehorsam, sondern die kritische Auseinandersetzung. Wir stehen nicht für betretenes Schweigen und vollendete Tatsachen, wir stehen für frühzeitige Information aller Bürgerinnen und Bürger und die Anerkennung unterschiedlicher Interessen. „Mehr Demokratie wagen!" - das alte Wort Willy Brandts hat nichts von seiner Gültigkeit verloren. Deshalb wollen wir die Ortsteilbeiräte abschaffen und sie durch projektbezogene Bürgerforen ersetzen. Deshalb wollen wir dafür sorgen, daß in Zusammenarbeit mit den Betroffenen Leimen eine moderne Verwaltung erhält, deren Mitarbeiter stolz auf die praktizierte Bürgernähe sein können. Es muß endlich Schluß sein mit der Lähmung durch Rotation, die unserer Verwaltung gegen den Willen der SPD-Fraktion aufgezwungen wird.
Unserem Wahlprogramm können Sie entnehmen, daß wir nicht

und Wähler,

alles anders, aber vieles besser machen wollen. Alle Kandidatinnen und Kandidaten haben an unserem Programm mitgearbeitet und ihre Vorschläge eingebracht. Das Resultat kann sich sehen lassen. Wir treten für kommunalpolitische Reformen ein, die sich am Gemeinwohl orientieren - ein Begriff, den die SPD hier in Leimen mit Leben füllen will, nachdem sich unsere politische Konkurrenz von ihm verabschiedet hat. Umwelt und Verkehr müssen gemeinsam gedacht und geplant werden, nur so ist dem Verkehrsinfarkt vorzubeugen. „Kinder, Jugend, Frauen, Senioren, Ausländer" - es ist unserer Meinung nach bedauerlich und bezeichnend, daß diese sozialen Gruppen nach gesonderten Sachbereichen behandelt werden. Die SPD tut es vorläufig auch, aber nicht, weil wir den biographischen Ausnahmezustand in diesen Gruppen sehen, sondern sie durch gezielte Maßnahmen dorthin bringen wollen, wo sie hingehören: in die Mitte der Gesellschaft.
Auch im Bereich Haushalt und Finanzen setzen wir andere Schwerpunkte. Nicht alles planen, sondern einzelne Posten nutzenorientiert planen und verwirklichen, so lautet unser Credo, wobei auch hier die langfristige Finanzierbarkeit gewährleistet sein muß.

Aber lesen Sie selbst und machen Sie sich ein Bild von uns und unseren Zielen. Kommen Sie zu uns und reden Sie mit uns über Ihre eigenen Vorstellungen - wir freuen uns darauf. Und denken Sie daran: Wählen zu gehen ist eine demokratische Pflicht. Tun Sie's!

Wolf-Rüdiger Branscheid
Vorsitzender SPD Leimen

Karl-Heinz Wagner
Vorsitzender SPD St. Ilgen

3

Ulrike Häusle

Grauenbrunnenweg 11

26 Jahre, evang.
Rechtanwaltsfachangestellte, beschäftigt als kaufmännische Angestellte bei der Firma SAS Institute
seit 4 Jahren in Leimen wohnhaft,
Mitglied im VfG (Verein für Gesundheitssport)
Getreu meinem Motto "Nur Tote Fische schwimmen mit dem Strom" will ich mich für Kultur-, Sport- und Vereinstätigkeiten in der Stadt Leimen einsetzen, insb. für den Verein, in dem ich Mitglied bin.

4

Wolfgang Krauth

Troppauer Weg 6

37 Jahre, Beamter bei der Stadt Heidelberg, Kassierer der SPD Leimen, Schöffe beim Landgericht; Mitglied der ev. Bezirkssynode und des Bezirkskirchenrates, des ev. Gemeindevereines, der ökumen. Hospizhilfe; daneben bei der AWO Leimen, den Naturfreunden, der KuSG; und über Leimen hinaus bei: Alzheimergesellschaft, Aidshilfe HD, Arbeitskreis Straßenkinder in Rumänien e. V., LSVD u. a.
Gemeinderat seit 1994. Wichtig ist mir ein Gemeinderat, der selbstbewußt und uneigennützig die Interessen der Allgemeinheit vertritt und die Bürger an seinen Entscheidungen beteiligt.

5

Reiner Nägele
Am Fuchsberg 24

41 Jahre, geb. in Leimen, verheiratet, 3 Kinder
staatl. geprüfter Bautechniker für Hoch- und Tiefbau, beschaftigt bei der Stadt Heidelberg
Mitglied der KuSG und ÖTV
Gemeinderat seit 1998
Seit meiner Kindheit kann ich die Entwicklung Leimener Strukturen und Traditionen verfolgen. Ich möchte, das sich die Kinder in unserer Stadt heute genauso wohl und sicher fühlen wie wir "damals".

6

Ursula Meincke
Nußlocher Straße 20

60 Jahre, zwei erwachsene Kinder
Rentnerin, Alten- und Krankenpflegehelferin
Miglied der ÖTV und bei den Naturfreunden
Aktiv im Kirchenchor, passives Mitglied der Liedertafel
Als SPD-Vorstandsmitglied halte ich Kontakt zu den Senioren und Geburtstagskindern unserer Partei.
"Es gibt viel zu tun für die Senioren – packen wir's an!"

Soziale

Wir wollen...

... für Kinder, Jugendliche und Familien

- Schaffung eines zentral gelegenen Jugendzentrums in Leimen-Mitte
- Zur-Verfügung-stellen von Jugendräumen und offenen Angeboten in den Stadtteilen, die durch die Mitarbeiter des Jugendzentrums in Leimen-Mitte koordiniert und betreut werden
- Jobbörse für junge Leute in Zusammenarbeit mit den Leimener Betrieben und Schulen
- Bau eines weiteren Kindergartens in der Fasanerie
- Ausbau eines flexiblen Betreuungsangebots in den Kindergärten
- Beibehaltung der Grundschule im Ortskern
- Kinderfreundliche Stadtplanung (Weitgehender Ausbau des Fußgängerbereichs mit Spielflächen im Ortskern; Spielstraßen; Spielplätze; Erhalt von natürlichen Spielflächen; Sichere Schulwegeplanung; Schulhofumgestaltungen; Ausbau der Radwege)
- Kostenzuschuss für den Kinderzirkus "Mikado", um Kindern aus schwächer gestellten Familien die Teilnahme zu ermöglichen
- Bau eines attraktiven Abenteuerspielplatzes in jedem Stadtteil
- Mitspracherecht für den Jugendgemeinderat (Satzung und Wahlmodus)

... für Frauen

- Schaffung einer Frauenbeauftragtenstelle mit entsprechendem Stundenanteil für diese Aufgabe
- Erstellen eines Frauenförderplanes für die Stadt Leimen
- Mehr Frauen in Führungspositionen bei der Stadt
- Flächendeckende Einführung von sicheren, einsehbaren Frauenparkplätzen
- Einführung von Parkzonen für Mütter mit kleinen Kindern

... für Senioren

- Einrichtung von Seniorenbegnungsstätten in den Stadtteilen
- Seniorenmittagstisch in den Stadtteilen

Verantwortung

- Angemessene Förderung der Sozialstation
- Altengerechtes Wohnen (Förderung von Wohnprojekten wie z.B. das Lebenshausprojekt, wo verschiedene Generationen unter einem Dach zusammenleben)
- Verbesserung der Situation von behinderten und kranken alten Menschen
- Beibehaltung des Seniorenbeirates mit Mitspracherecht (eigene Satzung und Wahlmodus)

... für behinderte Menschen

- Behindertenfreundliche Umgestaltung unserer Stadt
- Bürgerforum/Projektgruppe "Behindertengerechte Stadtplanung" (Stadträte und Stadtplaner sitzen zusammen mit behinderten Mitbürgern an einem Tisch)
- Förderung von integrativen Modellen behinderter und nichtbehinderter Kinder an den Schulen
- Spezielle Förderung von Vereinen und Gruppen, die sich im Behindertenbereich engagieren
- Ausbau der Angebote für Behinderte in unserer Stadt (Sportgruppen, VHS, Musikschule etc.)
- Behindertengerechter Umbau unserer Sportstätten (Schwimmbad, Sportplätze etc.)

... für Spätaussiedler

- Zusätzliches Angebot von Sprachkursen
- Verbesserung des Betreuungsangebotes, speziell auch für junge Spätaussiedler
- Ausbau und Vernetzung der sozialen Dienste
- Förderung und Ausbau der integrativen Arbeit
- Moderner sozialer Wohnungsbau eingebunden in Mischbebauung (keine Gettos!)

... für ausländische Mitbürger

- Aufbau eines Ausländerbeirates

... für Asylbewerber/Asylberechtigte

- Verbesserung des Betreuungsangebotes
- Verbesserung der Wohnverhältnisse
- Förderung integrativer Maßnahmen

Rafael Dreher

Unsere **Kandidaten** aus **Leimen-Mitte**

7

Heinz Handl

Im Pfennert 1

51 Jahre, verheiratet, 2 Söhne
Angestellter beim Frachtpostzentrum in Speyer, dort Arbeitsschutzbeauftragter der Abteilung Verkehr
Mitglied im Vorstand des SPD-Ortsvereins
Interessengebiete meiner zukünftigen Gemeinderatsarbeit wären Stadtentwicklung, Jugend- und Sozialarbeit.

8

Werner Neuert

Am Fuchsberg 7

60 Jahre, verheiratet, 2 Kinder
Ausbildung als Maschinenschlosser; dann Versuchsmonteur bei Heidelberger Druckmaschinen
Vertrauensmann des Betriebsrats, seit 41 Jahren Mitglied der IG Metall
SPD-Mitglied
Mitglied beim VfB Leimen und seinem Förderkreis, RSC Leimen und Roten Kreuz

9

Gerda Pyliotis
Hirtenwiesenstraße 21

71 Jahre, verwitwet
Rentnerin
Die Belange der älteren Mitbürger liegen mir besonders am Herzen.

10

Hartwig Wätjen
Nußlocher Straße 20

52 Jahre
Dipl.-Ingenieur im Technology Center der Heidelberger Zement AG
Stellvertretender Vorsitzender des SPD-Ortsvereins
Vorsitzender des Ortsverbands der IG Bau
Ehrenamtlicher Landesarbeitsrichter
Mitglied der AWO und der Naturfreunde
Aktiver Sänger in der Liedertafel und im Kirchenchor
"Tu was für die Arbeitnehmer –
mit der SPD!"

Kultur, Sport

- Vom Kleinkind bis zum Ruheständler, ob Hobby- oder Leistungssportler, alle finden in Sportvereinen sowie Bundes- und Landesleistungszentren ein vielseitiges Angebot für die sportliche Betätigung.

- Kultur-, Musik- und Gesangsvereine, Chöre, Bücherei, Musikschule und VHS bieten der am Kulturleben interessierten Bevölkerung ein abwechslungsreiches und für die Größe Leimens angemessenes Programm.

- Die Vereine erfüllen wichtige soziale Funktionen. Ohne ehrenamtliche Mitarbeit von Funktionsträgern und Helfern sind die Vereine nicht lebensfähig. Das Ehrenamt bedarf der besonderen Anerkennung und Förderung.

- Kultur und Sport sind nicht zum vollen Kostendeckungstarif zu haben. Die Stadt muß einspringen. Sie fördert Kultur und Sport durch das VZP und die Bereitstellung von geeigneten Räumen und Freiflächen.

- Besonders begabte Musikschüler müssen häufig nach Heidelberg und Wiesloch ausweichen, weil sie bei uns kein adäquates Abgebot erhalten. In enger Zusammenarbeit mit benachbarten Musikschulen ist die Talentförderung zu verbessern.

- Auswärtige Theater und Kabaretts bereichern das Kulturleben. Für sie sind Räume und Geldmittel bereit zu stellen. Derzeit bietet auf Initiative der SPD die Badischen Landesbühne Bruchsal ein abwechslungsreiches Theaterprogramm.

- Eine effektive Ausnutzung vorhandener Räume hat Priorität vor dem Neubau. Dies gilt beispielsweise für die Ägidiushalle, die in erster Linie am Wochenende für den Kulturbetrieb und an Wochentagen auch weiterhin für geeignete Sportarten offen steht. Für Gauangelloch wird in absehbarer Zeit ein Neubau der Sporthalle erforderlich.

und Vereine

- Für Kinder und Jugendliche sind künstlerische und sportliche Betätigung ein wichtiger Ausgleich für Computer und Fernsehen. Fairness, Toleranz und Teamarbeit werden gefördert. Deshalb muß auch weiterhin ein Großteil der finanziellen Förderung in die Jugendarbeit fließen.

- Die Jugendbetreuung am Badener Platz und in der Fasanerie ist räumlich auszuweiten und auf andere Ortsteile auszudehnen. Neben sportlicher Aktivität - Streetball - sollen Jugendlichen, die sich nicht in Vereine integrieren wollen, Räume für ihre Musik, Filmvorführungen und ähnliche Aktivitäten überlassen werden.

- Auch der Leistungssport ist förderungswürdig, da er die Jugend motiviert. Hier muß jedoch das Prinzip der nachrangigen Förderung gelten. Verein und Sportler müssen höhere Unkosten für Trainer, Reisen und Aufwandsentschädigung zunächst durch Eintrittsgelder und Sponsoren bestreiten. Erst danach kommt eine städtische Förderung in Betracht, die auch in Relation zu anderen Geldquellen steht.

- Im Rahmen eines neuen VZP ist darauf zu achten, daß nur ideelle, sportlich/kulturelle und gesellschaftliche Aktivitäten unterstützt werden. Der Wirtschaftsbetrieb - Gastwirtschaft im Clubhaus - ist aus der Förderung auszuschließen. Ausnahme: Kerwe und Weinfest, die auch der Geselligkeit dienen und gefördert werden können.

- Der Trägerverein VSM ist aufzulösen. Die VHS, Musikschule und Stadtbücherei sind als Eigenbetrieb fortzuführen. Nur so kann sichergestellt werden, daß über Einnahmen und Ausgaben, Auslastung und Kostenanteile von Eltern, Selbstnutzern und Zuschußgebern in öffentlicher Sitzung beraten und beschlossen wird.

Karl-Heinz Wagner

Unsere **Kandidaten** aus **Leimen-Mitte**

11

Dr. Mathias Schrumpf
Sandhäuser Weg 15

36 Jahre
Diplom-Biologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter des SPD-Bundestagsabgeordneten Jörg Tauss
Als begeisterter Mountainbikefahrer habe ich für alle Fragen dieser umweltfreundlichen Fortbewegungsart ein offenes Ohr.

12

Elke Krell
Hirtenwiesenstraße 3

57 Jahre, 3 Kinder, Alleinerziehende

Verwaltungsangestellte beim Mathematischen Institut der Universität Heidelberg
Politisch interessiere ich mich vor allem für die Frauenpolitik.
In der Freizeit egagiere ich mich für den Sport, seit 40 Jahren bin ich Mitglied bei der KuSG, und immer noch aktiv in der Damenbasketballmannschaft der Altersklasse 3.

13

Jan Henkel
Oskar-Trinks-Straße 2

19 Jahre
Abitur im Sommer 1999, jetzt Zivildienstleistender
Ich setze mich ein für mehr Jugend in der Politik, das Kommunalwahlrecht ab 16, ein zentrales Jugendhaus und den Internetzugang für alle Leimener Schulen. Mehr Motivation durch neue Ideen und frische Gesichter im Gemeinderat!

14

Dr. Willy Wirantaprawira
Breslauerstraße 15a

60 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, 2 Enkelkinder
Jurist, Dr.iur, LL.M, Ph.D., wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut fürausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg
Hobbys: Telekommunikation und Internet
Seit 1983 Vorsitzender des Deutsch-Indonesischen Vereins und des ASEAN-Instituts e.V.,
Fördermitglied in verschiedenen deutsch-asiatischen Organisationen, Kontaktperson der DPI (Demokratischen Partei Indonesiens) in Europa

Umwelt und Verkehr

- Wir wollen für Mobilität in Leimen und Umgebung sorgen.
- Wir wollen den vorhandenen Straßenraum ausgewogen zwischen ÖPNV, Autoverkehr und Radfahrer neu verteilen.
- Wir wollen neue Verkehrskonzepte in Zusammenarbeit mit den Bürgern für alle Stadtteile erarbeiten.
- Wir wollen Rohstoffe schonen und die Umwelt entlasten.
- Wir wollen den Ausbau von verkehrsberuhigten Zonen, wie z.B. Rathausstraße, Weberstraße und Ortseinfahrt Gauangelloch.
- Wir wollen, dass der DS-Bahnhof St. Ilgen mit einer entsprechenden Unter- bzw. Überführung ausgebaut wird, um ihn auch mobilitätsbehinderten: Müttern und Vätern mit Kinderwagen, Rollstuhlfahrer/innen und Fahrradfahrerlinnen etc. anbieten zu können. Wir wollen eine Verbesserung des bestehenden DB- Angebotes.
- Wir wollen den Ausbau von Ruf Taxis, wie z. B. Europaplatz-Friedhof St. Ilgen; Gauangelloch-Bahnhof Bammental.
- Wir wollen eine Verbesserung der Park-and-Ride- sowie der Bike-and-Ride-Parkplätze.
- Wir wollen einen durchgängigen Ausbau von Fahrradwegen in unserer Region, wie z.B. Radwegverbindung zwischen Probsterwald und Sportstätten, Friedhof, St.llgener Wald über den Leimbach. Wir wollen die vorhandenen Radwege gemäß der Radwegverordnung ausbauen.
- Wir wollen die Nordostumgehung sowie einen Anschluss vom Probsterwald an die Kreisstrasse K 598.
- Wir wollen den Ausbau des City-Bus-Netzes und nach Fertigstellung der Elsenbahnüberfuhrung Fasanerle-Probsterwald eine Anderung der Linienführung der Linie 7038 Leimen-Stllgen-Sandhausen und der Linie 751 Leimen-St.llgen über den Bahnhof St.llgen.
- Wir wollen die Sanierung der bekannten Altlasten vorantreiben, vorrangig vor allen Wirtschaftllchkeitsüberlegungen.
- Wir wollen vor allem Ihre Mithitfe zur- Verbesserung der Umwelt und zur Verbesserung der Mobilitat in Leimen.

Was wollen wir noch ?
Die Planungen für die Zukunft dürfen allerdings nicht losgelöst von den hierfür zur Verfügung stehenden Finanzmittel gesehen werden.

Edgar Veit

DER NAHVERKEHRSPLAN

Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Bahnstrukturreform und zur Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vom 8. Juni 1995 hat das Land Baden-Württemberg die Stadt und die Landkreise, und somit den Rhein-Neckar-Kreis, zu Aufgabenträgern im Sinne des Personenbeförderungsgesetz (PBefG) bestimmt.

Im Sinne der vorgenannten gesetzlichen Bestimmungen musste der Rhein-Neckar-Kreis einen Nahverkehrsplan, ergänzt durch einen Nahverkehrsentwicklungsplan mit einer Laufzeit von 5 Jahren erstellen mit der Maßgabe diesen in den kommenden Jahren möglichst fortzuschreiben.

Bis zum 31.12.1998 sollte ein gemeinsamer Nahverkehrsplan für den gesamten Raum des Verkehrsverbundes - VRN - aufgestellt werden.
Neben der Stadt Leimen waren an der Aufstellung des Nahverkehrsplanes alle betroffenen Partner beteiligt; vom Landkreis über die Gemeinden und Städte im Kreisgebiet bis zu den Verbundunternehmen und Vertretern des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar.

Der Gemeinderat bzw. die zuständigen Ausschüsse der Stadt Leimen, zuletzt der Ausschuss für Umwelt und Verkehr, haben sich mit diesem wichtigen Thema, nämlich der *„Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt"* beschäftigt.

Wir, die SPD-Fraktion, haben unsere Meinung dazu im Gemeinderat eingebracht; sie wurde vom Gremium akzeptiert.

Der Kreistag genehmigte den Nahverkehrsplan für den Rhein-Neckar-Kreis mit großer Mehrheit bis zum Jahr 2003.
Die Überprüfung hat ergeben, dass im Grundsatz alle die Stadt Leimen tangierenden Aspekte berücksichtigt wurden.

Edgar Veit

Unsere **Kandidaten** aus **Leimen-Mitte**

15

Peter Hoedl
Sandhäuserweg 33

44 Jahre, geboren in Leimen, ledig
Student der Politischen Wissenschaft an der Universität Heidelberg.
Seit mehreren Jahren wieder als Gesinnungsethiker SPD-Mitglied.
Neben der SPD nur Mitglied bei der SPHS (Society for Phenomenolgy and the Human Sciences).
Ich möchte nicht nur in theoretischer Weise Politik studieren, sondern gerade auch Politik in der Realität gestalten und umsetzen – sozusagen Politik von "unten" erfahren. Als kommunalpolitischen Schwerpunkt möchte ich gern für eine integrative und gerechte Politik eintreten, die ethnisch, kulturell und städtebaulich zu vertreten wäre.

16

Constanze Scherer-Mussel
Wölfelweg 2

49 Jahre, geboren in Leimen, verheiratet, 2 Kinder, Hausfrau

Seit 1990 Mitglied der SPD, wiederholt im Vorstand.
Mein besonderes Interesse gilt der Elternarbeit in der Schule, z.Z. bin ich stellvertretende Elternbeiratsvorsitzende am Helmholtz-Gymnasium in Heidelberg.

Unsere **Ersatzkandidaten** aus **Leimen-Mitte**

Roland Winstel
Oskar-Trinks-Straße 2

55 Jahre, verheiratet
Verwaltungsangestellter bei der Stadt Leimen
Mitglied bei der Liedertafel.
Langjähriges Mitglied der SPD und der IG Metall mit besonderem Interesse für die Sozialpolitik.

Klaus Gerstweiler
Friedlandweg 8 a

40 Jahre, verheiratet, 2 Kinder
Lehrer an einer Hauptschule.
Als ehemaliger Elternbeiratsvorsitzender des Comenius-Kindergartens habe ich mich für Anliegen der Kinder und jungen Familien eingesetzt. Schwerpunkt meiner Gemeinderatstätigkeit soll ein Engagement für Kinder, Schüler und Jugendliche sein, insbesondere eine starke Verbesserung von Betreuungsangeboten für Kinder berufstätiger Eltern. Gerade in den Schulferien muss eine Kernzeitbetreuung für Kinder und Schüler gewährleistet sein.

Die **SPD** im Leimener **Gemeinderat**:
Wofür sie **eintritt** - was sie **will**

Stadtentwicklung

Bei der Entwicklung unserer Stadt setzen wir auf eine ausgewogene Entwicklung aller Stadtteile. Auch legen wir größten Wert auf den zügigen Abschluss aller begonnenen Maßnahmen. Diesem Ziel räumen wir Vorrang ein. Von Prestigeobjekten, die schnell begonnen und dann nur langsam fortgeführt werden, halten wir nichts.

1. Stadtkernsanierung

Die Entwicklung im Stadtkern hat Fortschritte gemacht, ist aber bei weitem noch nicht abgeschlossen; Ziel ist und bleibt ein lebendiger Stadtkern mit menschenfreundlichem Umfeld.

Wir wollen:

- die zügige Beendigung der begonnenen Baumaßnahmen;
- die schnelle Umsetzung des Verkehrsberuhigungskonzeptes;
- den Erhalt der vorhandenen Bausubstanz, wo immer dies (noch) möglich ist;
- den Erhalt vorhandener Ensembles (z.B. Ziegelgraben, Dietzengasse);
- eine maßvolle, nicht zu massive Bebauung des Ortskerns,
- die Förderung der Wohnbebauung im Ortskern;
- die Anlage eines Spielplatzes und ausreichender Grünanlagen auch im Ortskern;
- die Ansiedlung weiterer Dienstleistungsbetriebe im Ortskern.

2. Wohnungsbau und neue Baugebiete

Leimen ist in den letzten Jahren (zu) stark gewachsen. Jetzt müssen die neuen hier ansässigen Bürger in unser Gemeinwesen hineinwachsen, in unsere Stadt integriert werden.

Wir wollen:

- keine neuen Baugebiete mehr, allenfalls eine Abrundung der vorhandenen Bebauung und Schließung kleinerer Lücken;
- als größtes Einzelprojekt die Wohnbebauung des Geländes von Feuerwehr und Bauhof in Leimen;
- einer potenziellen Gettobildung in den Neubaugebieten wirksam entgegenwirken;
- bei neuer Wohnbebauung auf seniorengerechte und kindergerechte Wohnungen achten oder noch besser aber neue Wohnformen (z. B. Jung und Alt unter einem Dach) erproben;
- den Verkauf städtischer Wohnungen an die Mieter in allen Fällen, in denen die Mieter den Kauf wünschen;
- die Vergabe von Bauplätzen in Erbpacht in den Fällen, in denen dies aus sozialen Gründen notwendig erscheint.

3. Gewerbeansiedlung

Eine ausgewogene Gewerbeansiedlung ist für jede Kommune wichtig; für unsere Stadt ist die Ansiedlung neuen Gewerbes gerade in den Zeiten hoher Arbeitslosenzahlen besonders wichtig.

Wir wollen:

- eine maßvolle Ausweisung neuer Gewerbegebiete, aber nicht um jeden ökologischen Preis;
- bevorzugte Ansiedlung von Gewerbebetrieben, die neue Arbeitsplätze nach Leimen bringen;
- die Ansiedlung von Dienstleistungsbetrieben in allen Stadtteilen (so z. B. in der Fasanerie)

4. Entwicklung von Leimen-Mitte

Wir wollen:

- den Neubau der Grund- und Hauptschule Leimen im Schulgelände bei der Realschule, aber den Erhalt einer Grundschule im Stadtkern;
- den Neubau eines Feuerwehrhauses, das eine spätere Zusammenlegung von Wehren nicht ausschließt, aber auch in den nächsten Jahren nicht erzwingt;
- die Aussiedlung der Stadtwerke und des Bauhofs durch Neubau in angemessener Größe und in unmittelbarer Nachbarschaft zur Feuerwehr

5. Entwicklung St. Ilgen

Wir wollen:

- bei der Feuerwehr zunächst den Erhalt der Wehr am eigenem Standort, aber mit noch weiter verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Wehren der Ortsteile und verbesserter Abstimmung der Ausstattungen;
- die Verbesserung der Infrastruktur in den Neubaugebieten Fasanerie und Bahnhof II, insbesondere durch Schaffung von Einkaufsmöglichkeiten und Bau des Kindergartens;
- die Konzeption und Realisierung eines Verkehrsberuhigungskonzepts im Ortskern.

6. Entwicklung Gauangelloch

Wir wollen:

- den sofortigen Bau eines Feuerwehrhauses am dafür vorgesehenen Standort hinter der Schule;
- den Neubau einer Sporthalle, sofern eine gundlegende Sanierung und ein Ausbau der bestehenden Halle nicht möglich ist;
- verkehrberuhigende Maßnahmen in der Hauptsstrasse.

Wolfgang Krauth

17

Hans-Henning Mohring

Richard-Wagner-Straße 14

59 Jahre, verheiratet, 2 erwachsene Söhne
Rechtsanwalt, Fraktionssprecher
Bei meiner ersten Wahl 1968 war ich der jüngste aller Gemeinderäte; jetzt möchte ich der dienstälteste werden und zusammen mit meinen FraktionskollegInnen ab Sommer im nächsten Jahr mit dem neuen Oberbürgermeister für den Bürger direkt sichtbare, greifbare, erfahrbare, gute Kommunalpolitik machen und dem neuen OB mit meinen Erfahrungen dienen. Auch sollte Leimen nach Europa, Sport- und Weinstadt auch noch Kuturstadt werden. Dafür möchte ich gerne weiterarbeiten wenn Sie mich wählen.

18

Brigitte Balzer

Hans-Thoma-Straße 14

53 Jahre, verheiratet, Postangestellte
Mitglied bei der AWO und der DPG (Deutsche Post Gewerkschaft)
Gemeinderatspolitik ist direkte, hautnahe Tätigkeit vor Ort, um Visionen zu Taten werden zu lassen. Deshalb bin ich seit 1984 dabei.

19

Edgar Veit
Keplerweg 5

63 Jahre, verheiratet, Gelernter Zimmermann, seit Juli 1999 Rentner, davor 21 Jahre Betriebsratsvorsitzender und Fahrdienstleiter bei der HSB.
Gemeinderat seit 1979, Mitglied im Kreisvorstand der ÖTV, ehrenamtlicher Arbeitsrichter.
Ehrenvorsitzender vom TTC Schwarz-Gold, Ehrenmitglied beim Turnverein St. Ilgen.
"Leimen ist Industriestandort und Wohngemeinde zugleich. Arbeitsplatz- und Freizeitangebot müssen sich ergänzen. Ich trete für ein behutsame, soziale und ausgewogene Weiterentwicklung der gewachsenen Struktur unserer Stadt ein."

20

Karl-Heinz Wagner
Comeniusstraße 47

54 Jahre, verheiratet, 3 Kinder
Notar
Vorsitzender des SPD-Ortsvereins St. Ilgen
stellvertretender Vorsitzender des TV Germania St. Ilgen
Gemeinderat seit 1998, engagiert in Fragen der Kultur-, Schul- und Vereinspolitik
Kondition und Ausdauer trainiere ich beim Joggen, Skilanglauf, Schwimmen und Radfahren.

Haushalt und Finanzen

- Der Haushalt soll künftig so rechtzeitig eingebracht und für die Wünsche und Anregungen der Bürger offengelegt werden, daß er in der ersten Gemeinderatsitzung des Jahres verabschiedet werden kann. Hierdurch wird ein kontinuierliches Arbeiten der Verwaltung mit den im Haushalt vom Gemeinderat vorgegebenen Zielen ermöglicht.
- Beim Haushalt soll die Kameralistik durch die kaufmännischer Buchführung abgelöst werden. Eine wirksame Kontrolle des Haushaltsvollzugs und eine durchgängige Kosten-Leistungsrechnung ist nur mit dem System der kaufmännischen Buchführung zu erreichen.
- In den Haushalt aufgenommen, unverzüglich angepackt und zügig abgewickelt wird eine Aufgabe nach der anderen. Die Reihenfolge, die der Gemeinderat dabei festlegt, kann natürlich niemals alle Interessenten und Notwendigkeiten berücksichtigen. Es ist aber auch niemandem wirklich gedient, wenn erst zur Jahresmitte zahlreiche Vorhaben angefangen und keines zu Ende geführt wird.
- Eine weitere Steigerung der Personalkosten von 20 Millionen DM hat zu unterbleiben. Wir Sozialdemokraten haben hierfür ein arbeitnehmerfreundliches Konzept, das niemanden belastet und beschränkt: (siehe nebenstehenden Artikel).
- „Schattenhaushalte" (außer der Wohnbau GmbH) sind aufzulösen. Die VSM (Volkshochschule, Musikschule und Bücherei) ist in die Obhut der Stadt und in deren Haushalt zurückzuführen. Der mit der Ausgliederung seinerzeit verfolgte Zweck ist durch Budgetierung weiter zu verfolgen und zu erreichen.
- Stadtwerke, Bauhof und sonstige "technische Dienste" sind als Eigenbetrieb nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen.
- Bei der Bestimmung der Sätze städtischer Steuern und auch Gebühren - sie machen etwa 15 % + 5 % des Haushaltes aus - darf nicht nur die Einnahmenmaximierung und der rechnerische Kostendeckungsgrad ausschlaggebend sein. Die gesamtwirtschaftliche Belastung der Bürger ist vorrangig mit zu berücksichtigen.
- Dem Gemeinderat ist in der ersten Sitzung jeden Quartals eine Liste vorzulegen, welche namentlich sämtliche Veränderungen im Personalbe stand der Stadt auflistet (Eintritte, Austritte und bislang oder künftig erfülltes Aufgabengebiet). Der Gemeinderat als oberstes Organ der Stadt sollte informiert sein, wer bei der Stadt arbeitet, gleichgültig, wer nach der Hauptsatzung für die Begründung/Beendigung des Arbeitsverhältnisses zuständig ist.

Hans-Henning Mohring

PERSONALKOSTEN

Vor zehn Jahren, als Leimen noch nicht Große Kreisstadt war und etwa 19.000 Einwohner zählte, war das Haushaltsvolumen etwa bei 80 Millionen DM. Heute, bei gut 25.000 Einwohnern, sind es knapp 100 Millionen DM.
Vor 10 Jahren kam etwa auf 50 Einwohner rechnerisch ein Vollzeitbeschäftigter in Gemeindediensten. Die Personalkosten lagen damals etwas über 10 Millionen, die sächlichen Verwaltungsausgaben betrugen knapp 10 Millionen; zusammen also rund 20 Millionen für knapp 20.000 Einwohner.
Heute belaufen sich die Personalausgaben auf rund 20 Millionen und die sächlichen Ausgaben dazu auf fast 14 Millionen. Heute kommt auf etwa 100 Einwohner rechnerisch ein vollzeittätiger Gemeindebediensteter.
Je größer der Betrieb, je höher der Umsatz, desto geringer sind die relativen Kosten lautet die heute weltweit herrschende wirtschaftliche Erkenntnis, die als Begründung für die überall angestrebten und oft auch verwirklichten Fusionen herangezogen wird. Das angebliche Allheilmittel heißt Rationalisierungseffekt.
20 % Einwohnersteigerung und zeitgleich 20 % Haushaltsvolumensteigerung bedingen 100 % Personalkostensteigerung und 40 % Sachkostenvermehrung. Eine etwa 100 %-ige Qualitätssteigerung kann wirklich niemand behaupten; manche meinen sogar subjektiv, die Qualität der Verwaltungsleistungen sei heute eher schlechter zu bewerten als vor 10 Jahren.
Fast alle wirtschaftlich geführten Betriebe meinen heutzutage: wenn ernsthaft konsequentes Sparen angesagt ist, muß bei den Personalkosten angesetzt werden, weil gerade bei uns in Deutschland qualifizierte Arbeit eben teurer ist, teurer als in vielen Nachbarländern.
Wir Sozialdemokraten in Leimen wollen keinem Gemeindebediensteten den Arbeitsplatz wegnehmen und auch niemandem seine verdiente Vergütung mißgönnen oder gar kürzen. Aber wir wollen ohne Stellenvermehrung und ohne jede weitere Personalkostensteigerung den ständig lauter und intensiver werdenden Klagen der Verwaltungsspitzen entgegenwirken, daß die vorhandenen Aufgaben mit dem vorhandenen Personal einfach nicht (besser) zu bewältigen seien.
Wer sich in seine Tätigkeit eingearbeitet hat, wer sein berufliches Umfeld (keiner arbeitet nur für sich alleine) kennengelernt hat und mit ihm erfolgreich umzugehen gelernt hat, wessen spezielle Berufs- und Menschenerfahrung an seinem Arbeitsplatz gewachsen ist, der bringt nach unseren Erfahrungen doppelt so viel Leistung wie ein noch so gut ausgebildetes „Allroundgenie", das ständig mit neuen Aufgaben konfrontiert wird, sobald es sich in die alten erfolgreich eingearbeitet hat.

Hans-Henning Mohring

Unsere **Kandidaten** aus **St.Ilgen**

21

Marlies Kübler
Im Schußgarten 2

53 Jahre, verheiratet, 3 Kinder
Hausfrau
SPD-Mitglied seit 26 Jahren
Vorstandsmitglied der Keglervereinigung Walldorf, 1. Sportwartin des Damensportkegelclubs.
Meine Hobbys sind Musik, lesen, kegeln und reisen.

22

Reinhold Groeger
Lenaustraße 7

46 Jahre, verheiratet, 1 Kind
Betriebswirt, selbständiger Reisebürokaufmann
Seit 10 Jahren bin aktives Mitglied der SPD. Darüber hinaus bin ich Mitglied im BdS und in vielen örtlichen Vereinen.

23

Paul Pazdzior
Kurfürstenallee 58

55 Jahre, verheiratet, 3 Kinder
Fahrlehrer und Stabsfeldwebel a.D.
Seit 21 Jahren in Leimen, seit 7 Jahren in der Fasanerie wohnhaft. Mitglied der SPD seit 15 Jahren. Im Leimener OV Vorsitzender und Vorstandsmitglied, jetzt Mitglied im OV St. Ilgen. Mein besonderes Interesse gilt der Stadtplanung und –entwicklung, dem sozialen Wohnungsbau und der Einrichtung eines zentralen Jugendhauses.

24

Dietrich Unverfehrt
Anton-Bruckner-Straße 8

41 Jahre, verheiratet, 3 Kinder
Jurist, nach Studium und Rechtsanwaltstätigkeit in Heidelberg Personalleiter bei der Deutschen Post AG in Speyer.
Mitglied der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht, Gründungsmitglied des Vereins "Freunde der Geschwister-Scholl-Schule e.V.".

Kommunale (Selbst-) Verwaltung

Unter der Ägide des neu zu wählenden Gemeinderats schreitet unsere Stadtverwaltung ins nächste Jahrhundert – und agiert wie alle öffentlichen Verwaltungen teilweise unter Rahmenbedingungen und in Strukturen, die anmuten, als stammten sie noch aus dem letzten Jahrhundert.

Der kommunale Selbstverwaltung leidet auf der einen Seite darunter, dass sich immer weniger BürgerInnen in der Kommunalpolitik engagieren und an öffentlichen Aufgaben in unserer Stadt mitwirken wollen. Auf der anderen Seite wächst die Kritik der BürgerInnen an den getroffenen Entscheidungen und am Zustand kommunaler Einrichtungen, insbesondere dann, wenn sie unmittelbar von Entscheidungen betroffen sind oder auf kommunale Einrichtungen angewiesen sind. Diesem Trend gilt es entgegen zu wirken.
Allen kommunalen Verwaltungen werden oft negative Attribute angelastet - langsam und inflexibel, ineffizient und verschwenderisch, bürgerfern und sogar bürgerfeindlich. Sie ist so um zu bauen, dass sie sich flexibel, effizient und kostenbewußt, bürgernah und bürgerfreundlich verhält. Bei dieser Aufgabe allein auf Regelungen des Gesetzgebers zu warten, ist nicht der richtige Weg. Wir müssen schon jetzt unsere eigene kommunale Verwaltung so verändern, dass sie sich auf die obigen Ziele zu bewegt. Bisher wurden in der Verwaltung Aufgaben von oben herab delegiert, um dann unten ausgeführt zu werden. Im Haushaltsplan wurden die Mittel zur Erfüllung der Aufgaben im einzelnen festgelegt; in unzähligen Verwaltungsvorschriften wurden die Verfahrensschritte bis ins einzelne akribisch geregelt. Die auszuführenden Mitarbeiter sind gehalten, genau nach diesen Regelwerk zu handeln – selbst wenn nach gesundem Menschenverstand unsinnige oder nach wirtschaftlichen Überlegungen ungünstige Ergebnisse die Folge sind. Zukünftig benötigen wir ein System, das eigenverantwortliche Entscheidungen an der Basis nicht nur gestattet, sondern diese sogar fördert, und zu besonderen Leistungen anreizt.

Wie können wir die Strukturen unserer kommunalen Selbstverwaltung verbessern?
Wie können wir unsere kommunale Verwaltung fit machen fürs nächste Jahrhundert?

Für unsere kommunalen Selbstverwaltung benötigen wir

1. eine höhere Beteiligung der BürgerInnen an kommunalen Entscheidungen und
2. eine effizientere Arbeit in den kommunalen Selbstverwaltungsgremien.

In unserer Stadtverwaltung brauchen wir

3. das Steuerungsinstrument der dezentralen Ressourcenverantwortung und
4. das Führungsinstrument der Leistungsanreize.

1. Bürgerbeteiligung

Wir treten für eine größere Beteiligung der BürgerInnen unserer Stadt an den kommunalen Entscheidungen ein. Wir sind offen für neue Formen dieser Beteiligung und wollen alte, ineffiziente Mitspracheformen nicht länger fortführen.

So finden wir die Ortsteilbeiräte in ihrer jetzige Form alsr überflüssig. Zwar ist es richtig, daß der Gemeinderat bei seinen Entscheidungen das Urteil vieler sachverständiger Bürger einbeziehen sollte. Das setzt allerdings voraus, daß dieses Urteil vor der Entscheidung eingeholt wird und dem Gemeindeart auch die unterschiedlichen Auffassungen vorgetragen werden. Wenn - wie es bei uns geschieht - die Ortsteilbeiräte nur nach Gutdünken des OB um ihre Meinung gefragt werden – und oft sogar nur, nachdem eine dem OB nicht genehme Entscheidung im Gemeinderat gefallen ist, dann haben die Ortsteilbeiräte ihren Zwecke verfehlt. Dann dienen sie nämlich nicht dazu, eine möglichst breite Basis von Auffassungen für eine Entscheidung einzuholen, sondern werden zu einem Instrument des OB degradiert. Hierfür ist uns die für diese Gremien aufgewendete Zeit zu schade – sowohl die Zeit der Mitglieder des Gremiums als auch die der Bediensteten der Stadt, die diese Sitzungen vorbereiten und nachbereiten müssen.

Wir begrüßen dagegen neue Beteiligungsformen der BürgerInnen an kommunalen Entscheidungen – unabhängig davon ob sie einem Gremium angehören oder nicht. Hierzu könnten z.B. die Bürgerversammlungen nicht in starrem Rhythmus abgespult werden, sondern es sollten themenbezogene Versammlungen anberaumt werden, in denen über besondere wichtige Entscheidungen offen diskutiert werden kann.

Auch den Einsatz neuer Medien sehen wir als Chance, die Beteiligung der Bürger zu erhöhen. Hier bietet sich die Möglichkeit, alle kommunalen Entscheidungsprozesse stets aktuell für interessierte Bürger darzustellen und ihre Meinungen, Wünsche und Vorschläge auf elektronischem Weg entgegenzunehmen. Dies könnte die Beteiligung- zumindest der jüngeren, im Umgang mit den neuen Medien geübten Generation – erhöhen. Allerdings reicht hierfür die Einrichtung einer E-Mail-

25

Werner Schmidt
Hans-Thoma-Straße 12

60 Jahre, verheiratet, 2 Kinder
Rentner
Mitglied bei den Naturfreunden Leimen, Gründungs- und Vorstandsmitglied im Schützenverein 1966 St. Ilgen, Vorstandsmitglied im MGV St. Ilgen, Mitglied in der Partnerschaft St. Ilgen-Tigy, im Siedlerbund St. Ilgen und bei der SPD St. Ilgen,
Stadtbeirat seit 23 Jahren

26

Thorsten Schurse
Wittelsbacher Allee 6

30 Jahre, verheiratet, ein Kind
Diplom-Physiker, Software-Entwickler
SPD-Mitglied seit dem 17. Lebensjahr, bekleidete eine Vielzahl von Wahlämtern auf kommunaler, Kreis- und Landesebene. Engagiert sich für Sozial-, Jugend- und Verkehrspolitik.
Mitarbeit im Deutschen Roten Kreuz seit 1988. Gründungsmitglied der Initiative Windkraft Mannheim. Seine Hobbys sind Basketball und Saxophon.
Mitglied im Stadtbeirat St. Ilgen
Im Gemeinderat möchte ich mich besonders für die Entwicklung in den Neubaugebieten unserer Gemeinde einsetzen.

27

Manfred Ehrhard
Richard-Wagner-Straße 7

58, Jahre, Diplomverwaltungswirt.
Bis 1990 beim Arbeitsamt Heidelberg, dort im Personalrat und im Betriebspersonalrat und Vorsitzender der Kreisverwaltung der ÖTV. Seit 1990 beim Arbeitsamt Mannheim tätig. Jetzt als Organisationsentwicklungs-leiter Betreuung aller Arbeitsämter, die den Sprung zu einer effektiven, effizienten und kundenorientierten Verwaltung wollen. Für Leimen liegen mir zwei Dinge am Herzen: Arbeitslosen und Sozialhilfempfängern über eine Tätigkeit auf dem zweiten Arbeitsmarkt eine Rückkehr in ein eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen und älteren Mibürrgern ein Verbleiben in der vertrauten Umgebung so lange als möglich zu gewährleisten.

28

Joachim Buchholz
Pestalozzistraße 19

48 Jahre, verheiratet, 2 Kinder
Technischer Angestellter im DKFZ, dort zuständig für Gefahrgut, Kreislauf-, Sondermüll- und Recycling-Wirtschaft.
Seit 30 Jahren Mitglied der ÖTV, seit 20 Jahren Mitglied der AWO.
Mein besonderes Anliegen ist, dass die Lebensqualität St. Ilgens sich nach Möglichkeit verbessert und die positiven Charaktereigenschaften des Ortes erhalten bleiben. Deswegen sehe ich die Schwerpunkte meiner zukünftiger Gemeinderatsarbeit auf dem Gebiet infrastruktureller Entwicklung, und will mich deshalb im Bereich Haushalt und Finanzen engagieren.

Adresse für die Stadtverwaltung nicht aus. Dass auch die Bürgernähe durch den Einsatz neuer Medien beträchtlich gesteigert werden kann, zeigt uns das Beispiel anderer Städte, in denen vielfach Anfragen und Anträge elektronisch eingereicht werden können.

2. Gremienarbeit

Wir wollen die Arbeitsweise des Gemeinderats und die der von ihm eingesetzten Ausschüsse und Beiräte so effizient wie möglich gestalten. Auch hier sind wir für neue Formen, die eine konstruktive und effiziente Arbeit in diesen Gremien ermöglichen.

Ungünstig finden wir das Fehlen eines Ältestenrats, der nach unserer Überzeugung wesentlich dazu beitragen kann, die Sitzungen des Gemeinderats zu planen und vorzubereiten. Selbst in der örtlichen Presse wird nun schon seit geraumer Zeit der Zustand persifliert, der in unseren Gemeinderatssitzungen mit schöner Regelmäßigkeit auftritt und darin besteht, daß ein erklecklicher Anteil der Tagesordnungspunkte vertagt werden muß. Dies gilt es abzustellen und ein Ältestenrat ist das geeignete Gremium hierfür.

Der Entlastung des Gemeinderats sollte ein beschließender Finanzausschuss dienen, der regelmäßig alle anstehenden Vergaben, Verkäufe etc. beschließt, die eine bestimmte Summe (z.B. DM 150.000) nicht übersteigen. Über ein Quorum, das dem des Bauausschusses ähnelt, ließe sich dann dennoch jede einer Fraktion kritisch erscheinende Angelegenheit in den Gemeinderat bringen.

Generell gilt es, die Art und Weise, in der viele Tagesordnungspunkte in mehreren verschiedenen Ausschüssen vorberaten werden, ehe sie abschließend im Gemeinderat zur Entscheidung anstehen, kritisch zu überdenken. Es ist zwar gut, möglichst viele Meinungen zu hören, aber sehr ermüdend, immer wieder dieselben zu hören.

3. Dezentrale Ressourcenverantwortung

Wir wollen durch eine dezentrale Verantwortung für Budgets und Ressourcen die eigenverantwortliche Entscheidung möglichst vieler Mitarbeiter an der Basis nicht nur gestatten, sondern fördern. Nur so erreichen wir eine effiziente und effektive Verwaltung.

Das Modell der dezentrale Ressourcenverantwortung heißt, daß der Gemeinderat nicht mehr bis in alle Einzelheiten Entscheidungen vorgibt, sondern jedem Verwaltungsbereich ein

globales Budget vorgibt, innerhalb dessen die zugewiesenen Aufgaben erfüllt werden sollen. Wie das Budget dann verwendet wird, ist im wesentlichen in der Entscheidung der Bediensteten im Verwaltungsbereich.

Der Gemeinderat muß sich darüber im klaren sein, daß er mit diesem Vorgehen auf Entscheidungsbefugnisse und Einflußmöglichkeiten verzichten muß. Ihm bleibt nur die mehr oder minder pauschale Kontrolle über die Verwendung der zugewiesenen globalen Budgets. Zudem fällt ihm die Aufgabe zu, die Verwaltungsbereiche sinnvoll zu definieren, zu dürfen weder zu groß (nicht die gesamte Verwaltung) noch zu klein (kein einzelner Bediensteter) bemessen sein, um ihren Zweck zu erfüllen.

Es ist klar, daß ein solches Modell am einfachsten in wirtschaftlich orientierten Aufgabenbereichen wie Wohnungswesen o.ä. oder aber in Bereichen, die freiwillige Leistungen der Gemeinde erbringen, wie der Vereinsförderung umzusetzen ist. Dort sind die Leistungen betriebswirtschaftlich bewertbar oder aber variabel gestaltbar. Schwieriger wird es sicher im hoheitlichen Bereich, wie dem Standesamt oder Grundbuchamt, wo die zu erbringenden Leistungen von Gesetz wegen vorgeschrieben sind, und den Bediensteten keine Gestaltungsspielräume bleiben. Daher sollten wir stufenweise vorgehen und bei den erstgenannten Bereichen Erfahrungen sammeln, die dann später auf die anderen Bereiche übertragen werden können.

4. Leistungsanreize

Wir wollen durch neue Formen der Entlohnung und andere Vergünstigungen zu besonderen Leistungen anreizen, die ein verstärkt wirtschaftliches und kundenorientiertes Arbeiten unserer Verwaltung nach sich ziehen.

Leistungsanreize könnten z.B. so gestaltet sein, dass in einem Aufgabenbereich Zulagen bezahlt werden, die sich am Globalbudget bemessen. In Bereichen, in denen besonders sparsam gewirtschaftet wird, fallen die Zulagen besonders hoch aus. Auch könnten Leistungsanreize nicht nur in Geld, sondern auch in zusätzlicher Freizeit oder Urlaub bestehen, wobei die Alternativen vom Mitarbeiter wählbar sein sollten. Es ist klar, daß der gegenwärtige BAT-Tarifvertrag und das Beamtenrecht einer solchen Ausrichtung manchen Stein in den Weg legt, dennoch sollte der Gemeinderat und der Oberbürgermeister alle schon jetzt erlaubten Möglichkeiten ausschöpfen, die Regelungen extensiv auslegen und seine Phantasie einsetzen.

Auch hier gilt natürlich das schon oben bei der Ressourcenverantwortung gesagte. Einfach ist die Definition der Leistungsanreize sicher in den freiwilligen oder wirtschaftlich orientie-

Unsere **Kandidaten** aus **Gauangelloch**

28

Rafael Dreher
Diamantweg 10e

28 Jahre
Jugend- und Heimerzieher, seit 4 Jahren Jugendzentrumsleiter in Graben-Neudorf (Landkreis Karlstuhe), Vorstandsmitglied im Dachverband der Jugendfreizeitstätten im Landkreis Karlsruhe (AGJF) und im SPD-Ortsverein Leimen. Neben der Jugendarbeit und der Kommunalpolitik bin ich auch häufig mit Paddel und Kanu anzutreffen.
Seit 1994 Gemeinderat. Mein Ziel ist es, der Leimener Günstlings- und Vetternwirtschaft eine Kommunalpolitik entgegen zu setzen, die sich tatsächlich für Leimen und deren Bewohner einsetzt.

30

Günther Lippert
Diamantweg 6

36 Jahre, verheiratet, 1 Kind
leitender Verwaltungsangestellter beim Englischen Institut in Heidelberg.
Meine Interessensgebiete: Jugend und Soziales.
Im Gemeinderat möchte ich mich besonderes dafür einsetzen, dass die Kommunikation mit allen von Entscheidungen betroffenen Personen und Gruppen intensiviert wird.

31

Dr. Walter Mühlhausen

Smaragdweg 13

42 Jahre, verheiratet, 2 Kinder
Historiker, stellvertretender Geschäftsführer der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg.
Seit Anfang 1997 wohnhaft in Gauangelloch.

32

Laszlo Rajki

Feilgasse 24

55 Jahre, verheiratet, 2 Kinder
Dipl.-Betriebswirt und Dipl.-Bauingenieur, beschäftigt bei den Stadtwerken Heidelberg
Gemeinderat von 1986 bis 1994
Wichtig für mich ist die Senkung der Verschuldung der Stadt und die Verkehrsentlastung des Stadtkerns durch die Nordostumgehung.

ren Bereichen, schwieriger in den hoheitlichen. Im den ersten Fällen ist die Einhaltung bzw. das Unterschreiten des vorgegebenen Globalbudgets sicher einfacher zu steuern als im letzen Fall. Dennoch müssen auch in diesen Bereichen neben den gesetzlichen nach wie vor auch gewisse „politische" Richtlinien und Ziele vorgegeben werden, und nur innerhalb von diesen kann der Verwaltungsbereich seinen Entscheidungsspielraum nutzen werden. Der Gemeinderat ist aufgefordert, diese Richtlinien und Ziele zu definieren.

Es kann z.B. nicht angehen, die Vereinsförderung ohne Gemeinderatsbeschluß allein vom zuständigen Verwaltungseinheit ganz auf Null heruntergefahren wird – obwohl dadurch in diesem freiwilligen Bereich sicher die höchste Einsparung zu verwirklichen wäre. Auch ist für diese Definition die ausgewogene Einbeziehung von laufenden Kosten und Reinvestitionskosten zu beachten. In einem Jahr große Einsparungen bei Unterhaltskosten zu erzielen, die dann später mit hohen Reinvestitionskosten ausgeglichen werden müssen, darf sich nicht in Zulagen niederschlagen. Man darf also nicht nur im Jahresrhythmus denken und muß auch die Verweildauer der Bediensteten in einzelnen Aufgabenbereichen beachten.

Als Leistungsanreiz kommt auch ein Prämiensystem in Frage, bei dem für Verbesserungsvorschläge für Verwaltungsverfahren und -abläufe Prämien ausgelobt werden. Als Bemessung für die Prämien sollten sowohl Einsparungen an Personal- und Sachaufwendungen für die Gemeinde als auch Verbesserungen für die Bürger (Reduzierung von Wartezeiten und Verfahrensdauer etc.) herangezogen werden.
Und auch die (kostenlosen) Leistungsanreize sollten nicht vergessen werden - die Motivation der MitarbeiterInnen durch ihre Vorgesetzten. Ein kooperativer – nicht auf Anweisungen, sondern auf Überzeugung beruhender - Führungsstil und die der Anerkennung der Arbeit durch die Vorgesetzten sind hier zu nennen. Auch hier kann in Leimen einiges verbessert werden. Ein Oberbürgermeister, der in öffentlicher Sitzung die von seinen Mitarbeitern und MitarbeiterInnen vorgelegten Unterlagen, die von ihnen durchgeführten Planungen oder die von ihnen getroffenen Entscheidungen unüberhörbar kritisiert, ja sogar an den Fähigkeiten seiner MitarbeiterInnen starke Zweifel anmeldet, trägt wohl kaum zur Motivation seiner MitarbeiterInnen bei. Er sorgt für Demotivation aller seiner MitarbeiterInnen, nicht nur der kritisierten!

Dr. Peter Sandner

Der Gemeindebürger und sein Recht

Unser gesellschaftliches Zusammenleben ist durch staatliche Gesetze geregelt, die Rechte und Pflichten festlegen. Das ist gut so. Weiß doch (fast) jeder, was er tun darf und was nicht und wie er in seinen Rechten geschützt wird. Nun fängt der „Staat" ganz unten an, bei den Gemeinden und Städten. Was vom Gemeinderat beschlossen wird als Satzung, ist gesetztes gültiges Recht für den Aufgabenbereich einer Kommune, gilt für die Verwaltung und die Gemeindebürger. Die Gemeinde kann bzw. muß für die ihr von der verfassungsrechtlichen Ordnung übertragenen Bereiche Regelungen, Satzungen, geben, an die alle Beteiligten gebunden sind. Dazu gehören auch die vom Gemeinderat beschlossenen Bebauungspläne. Letzteres ist gerade in Leimen ein neuralgischer Punkt. Bebauungspläne bestimmen die Art der Bebauung und Nutzung (vgl. Baunutzungsverordnung). Das ist für den Bürger wichtig, ob er in einem reinen Wohngebiet, Mischgebiet, Gewerbegebiet, in verkehrsbelasteten Vierteln wohnt u.a.m., in einem Ein- oder Zweifamilienhaus, einer Reihenhaussiedlung oder in hochgeschossigen Wohnblocks als Eigentümer oder Mieter einer Wohnung. Die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung hängt entscheidend davon ab. Die „Fasanerie" mag hier ein beredtes Beispiel sein.

Wenn Sie, lieber Mitbürger, nun als Betroffener feststellen, daß in einem reinen Wohngebiet mit 2-geschossigen Häusern sich ein gewerbliches Unternehmen breit macht, das da nicht hingehört, was würden Sie dann tun? Natürlich eine Anfrage an die Stadtverwaltung (Bauamt) richten. Und wenn Sie nun keine oder nur eine ausweichende Antwort erhalten? Der Bebauungsplan ist doch ein gesetzlich festgelegter Rahmen. Das ist gut für den Bürger, damit er beruhigt auf den Gleichheitsgrundsatz vertrauen kann und sein Recht geschützt wird (z.B. Verkehrsbelästigungen, Emissionen, Geräusche u.a.). Das gilt nicht nur für den Hauseigentümer, auch der Mieter darf mit der Qualität seines Wohngebietes rechnen. Dafür zahlt er ja auch. Das trägt doch bei zur viel gepriesenen Wohnqualität in Leimen! Weit gefehlt! Das ist alles idealistisch gedacht! Auf dem Papier. Die Wirklichkeit sieht anders aus:

Da ist ein seit einigen Jahren expandierendes Taxiunternehmen im reinen Wohngebiet. Nach Treu und Glauben konnte von einer Genehmigung ausgegangen werden. Daß für die Stadtverwaltung die vielen Taxis, Kleinbusse und Kurierfahrzeuge

4

Wolf-Rüdiger Branscheid

Talstraße 1

35 Jahre, geboren in Rottweil am Neckar, ledig, konfessionslos
Studium der Politischen Wissenschaft und Anglistik an der Universität Heidelberg; freiberufliche Tätigkeit als Dozent für Business English bei SAP, Honeywell Braukmann, Heidelberge Zement und Esselte Meto International.
Seit 1. Juli 1999 als Vertriebs- und Marketingassistent bei Quadratec GmbH in Stuttgart tätig.
Meine Hobbies und Interessen sind Bergwandern und Handball, sowie deutsche, englische und südamerikanische Literatur, sowie Folc Music.
Seit Oktober 1994 Mitglied der SPD, seit 1. März 1999 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Leimen.

Unsere **Kandidaten** für den **Kreistag** lauten:

1. Günter **Jundt**
2. Paul **Pazdzior**
3. Dr. Peter **Sandner**
4. Wolf-Rüdiger **Branscheid**
5. Reinhold **Groeger**
6. Heinz **Handl**

Die Vorstellung der anderen Kreistagskandidaten finden sie weiter vorne im "durchblick" bei der Vorstellung der Gemeinderatskandidaten.

Weitere Informationen zur gleichzeitig stattfindenden Kreistagswahl entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Prospekt.

am Straßenrand und auf dem öffentlichen Parkplatz daneben keine reine Freude waren, versteht sich. Deswegen der Rat des verantwortlichen Bürgermeisters, die private Gartenfläche doch in Stellplätze umzuwandeln. Der Taxiunternehmer beherzigt den gut gemeinten Rat seines Parteifreundes und beginnt seinen Garten abzuräumen und Stellplätze anzulegen. Über die erforderliche Baugenehmigung und die Ungesetzlichkeit des Taxiunternehmens an diesem Standort sei nicht gesprochen worden, so nach Aussage des Taxiunternehmers bei der mündlichen Verhandlung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe am 28.04.1999 vor Ort. Das verstehe, wer will! Erst nach Einschaltung eines Rechtsanwalts wird das Bauamt auf seine Pflichten hingewiesen. Es verfügt eine Baueinstellung, die aber nicht eingehalten wird und der keine weiteren behördlichen Schritte zur Abstellung des „illegalen Zustandes" folgen. Nach einer angemessenen 3-Monatsfrist erhebt der Verfasser Untätigkeitsklage beim Verwaltungsgericht Karlsruhe. Bei der mündlichen Verhandlung wird die nachlässige Haltung der Stadtverwaltung gerügt, ebenso die Illegalität von Taxiunternehmen und Stellplätzen! Der Standort des Unternehmens mußte inzwischen verlegt werden.

Das ist wohl nicht in Ordnung, wenn ein Bürger über das Verwaltungsgericht die Stadt Leimen an ihre Pflichten erinnern muß! Da kann etwas nicht stimmen! Befremdend auch, daß die Vertreterin des Bauamtes dem Gericht nicht sagen konnte, ob der Bebauungsplan überhaupt rechtskräftig ist! Verschwendete Steuergelder, denn die Kosten des Rechtsstreites trägt die Stadt Leimen. Verständlich auch, daß der Bürgerzorn am Kochen ist! Aber das ist nur ein Beispiel und Beweis da für, daß die Bürger wachsam sein sollten gegenüber der Stadtverwaltung. Denn es läuft nichts von allein. Die Stadt schützt das Recht der Bürger nicht, das muß er schon selbst in die Hand nehmen. Das wäre eine sehr bedauerliche Schlußfolgerung. Also, so weit sind wir schon gekommen! Diese staatsbürgerlich schlimmen Erfahrungen stellen die grundsätzliche Frage nach der Rolle des Gemeinderats. Damit sind wir bei den Kommunalwahlen angelangt. Kann und darf ein Gemeinderat Illegalität hinnehmen und dem Bürger diese Duldung zumuten? Denn nicht immer ist Opportunität (das im Augenblick Nützliche) auch das Richtige und sozial Gerechte.

Die Leimener SPD im **Internet**:

www.SPD-Leimen.de

Nach der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (urspr.Fassung 1955, letzte Änderung 1995) §24 „ist der Gemeinderat die Vertretung der Bürger und das Hauptorgan der Gemeinde. Er legt die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Gemeinde soweit nicht der Bürgermeister kraft Gesetz zuständig ist oder ihm der Gemeinderat bestimmte Angelegenheiten überträgt. Der Gemeinderat wacht über die Ausführung seiner Beschlüsse und sorgt beim Auftreten von Mißständen in der Gemeindeverwaltung für deren Beseitigung durch den Bürgermeister." Doch gerade die Überwachung ist schwierig, weil Akteneinsicht auf Antrag nur einem bestellten Ausschuß möglich ist. Einerseits wirkt der Gemeinderat bei der Verwaltung mit, andererseits hat er nur eine beschränkte Kontrollfunktion. Daher ist der Gemeinderat auch kein Parlament im verfassungsrechtlichen Sinn.

Die enge Verquickung von Rechtssetzung (durch Beschlüsse, Satzungen) und Verwaltung verlangt also einen besonders wachsamen und kritischen Gemeinderat, damit der Bürger der gesetzlichen Ordnung vertrauen kann. Deshalb ist es notwendig, nur solche Kandidaten zu wählen, die ihre Mitwirkungspflicht voll wahrnehmen, aber auch Verwaltungsvorgänge kritisch verfolgen und nötigenfalls einschreiten. Im Sinne unserer demokratischen Verfassungsordnung darf es nicht sein, daß der Gemeinderat nur ein formalrechtlich notwendiges Instrument ist für eine gesetzliche Gestaltung der Gemeindeangelegenheiten. Ein Grund also, SPD-Kandidaten zu wählen, die im Gemeinderat mehr sehen als nur eine formale Einrichtung.

Dr. Heiner Neureither

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Ortsvereine Leimen und St. Ilgen

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Sandner, Panoramastraße 20b, 69181 Leimen

Redaktion: Dr. Peter Sandner, Karl-Heinz Wagner, Wolfgang Krauth, Wolf-Rüdiger Branscheid, Edgar Veit, Hans-Henning Mohring, Rafael Dreher

Auflage: 9.000 Stück

Lay-Out: Alexander Lucas PR- & MediaService, Dünenweg 19, 69207 Sandhausen

Belichtung: Dream-Design, Kaiserstraße 41, 69181 Leimen

Druck: K+K Copy oder Braus-Druck HD